

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Kommandantenstr. 80 · 10117 Berlin

media:net berlinbrandenburg e.V. und berlin music commission

Jeannine Koch und Olaf Kretschmar  
Vorstandsvorsitzende

Ackerstr. 3a  
10115 Berlin

**Nina Stahr und Werner Graf**

Landesvorsitzende

Landesgeschäftsstelle  
Kommandantenstr. 80  
10117 Berlin

Tel.: +49 (30) 61 50 05 – 0

Fax: +49 (30) 61 50 05 – 99

landesvorsitzende@gruene-berlin.de

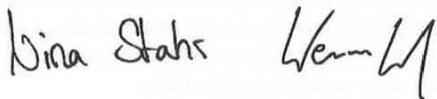
Berlin, 30. Juni 2021

## **Wahlprüfsteine media:net berlinbrandenburg e.V. und berlin music commission**

Sehr geehrte Frau Koch, sehr geehrter Herr Kretschmar,

vielen Dank für Ihr Interesse an BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin. Gerne beantworten wir Ihre Wahlprüfsteine. Sie finden unsere Antworten im beigefügten Schreiben.

Mit freundlichen Grüßen



Nina Stahr und Werner Graf  
Landesvorsitzende

# Wahlprüfsteine 2021

## für die Berliner Medien-, Kreativ-, Musik- und Digitalwirtschaft

### Gemeinsame Wahlprüfsteinfragen des media:net berlinbrandenburg e.V. und der Berlin Music Commission eG

#### **1) Welchen Stellenwert misst Ihre Partei der Berliner Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft bei?**

Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft stellen aus Sicht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin eine wesentliche Grundlage des internationalen, positiven Images der Stadt dar - sowohl als Anziehungsfaktor für Touristinnen und Touristen als auch als Entscheidungshilfe für Unternehmensansiedlungen und Neugründungen. So ist dieser Wirtschaftszweig nicht nur für sich stehend ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor für Berlin, sondern hat auch zahlreiche positive Effekte auf andere Wirtschaftszweige, sei es als Standortfaktor oder als unternehmensnotwendige Infrastruktur. Die Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft ist wesentlich für Berlin und für viele andere Wirtschaftszweige.

#### **2) Bitte nennen Sie uns drei Gründe, warum die Geschäftsführer\*innen, Angestellten und freien Mitarbeiter\*innen der Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft Ihre Partei wählen sollten?**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurden nicht nur von Kreativen und Künstler\*innen gegründet, sondern wird auch bis heute von ihnen gestaltet. Mit einem ganzen Netzwerk von Arbeitsgemeinschaften binden wir Akteur\*innen der Kreativwirtschaft und Kultur direkt in unsere Meinungsbildungsprozesse und Programmarbeit ein, suchen darüber hinaus den direkten Dialog und verstehen uns als "Ermöglicher\*innen" einer wettbewerbsfähigen, nachhaltigen und resilienten Kreativwirtschaft.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben verstanden, dass Kreativität eine wichtige erneuerbare Ressource Berlins ist. Diese Ressource zu pflegen, zu schützen und zu stärken ist vornehmste Aufgabe von Politik. Wir wollen ein Berlin gestalten, in dem Kreative ohne Existenzängste leben und arbeiten können – in dem die Stadt für die Kreativen da ist und nicht umgekehrt.

Bündnis 90/Die Grünen stehen zur Berliner Kreativwirtschaft. Wir wollen die kreativwirtschaftlichen Akteur\*innen weder belehren noch reglementieren sondern erkennen an, dass für kreative Innovationen auch einmal kreative Wege gegangen werden

müssen. Unsere Verwaltung so auszustatten, dass sie mit den Entwicklungen der Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft mithalten kann, ist Herausforderung und Chance zugleich, die wir anpacken werden.

**3) Welche konkreten Projekte zur Förderung, Stärkung und ggf. zum Wiederaufbau der durch die Corona-Pandemie angeschlagenen Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft möchte Ihre Partei in der kommenden Legislatur umsetzen?**

Wir kämpfen für eine bessere soziale Absicherung von Kulturschaffenden, die Schaffung und den Erhalt künstlerischer Freiräume, genauso wie für eine gute kulturelle Grundversorgung und Teilhabe aller Berliner\*innen. Wir werden dafür die bestehende Fördersystematik innovativ weiterentwickeln: durch mehr Mittel für Berlins Freie Szene, junge Sparten und hybride Kulturformen, eine Stärkung der Ankerinstitutionen und der kulturellen Bildungsarbeit sowie eine bessere Repräsentation der gesellschaftlichen Vielfalt – gerade auch in Jurys, Intendanten und Aufsichtsgremien. Das gilt auch für die freien Medien, deren Unabhängigkeit wir gegen alle Angriffe verteidigen.

Die Kreativwirtschaft ist schon vor Langem zu einem der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren dieser Stadt geworden. Wir werden kreative Innovationen, speziell von Kleinstunternehmen, Soloselbstständigen und freien Gruppen, gezielt und unmittelbar fördern. Prekäre Arbeits- und Abhängigkeitsverhältnisse werden wir nicht dulden und ein entsprechendes Paket von Maßnahmen auf den Weg bringen. Als digitale Ergänzung werden wir eine landeseigene, virtuelle „Plattform Berlin“ aufbauen, in der sich alle Branchen der Berliner Kreativwirtschaft unter dem Signum „made in berlin“ sammeln.

Das Gebäude des Flughafens Tempelhof wird zu einem Zentrum für Kultur und Kreativwirtschaft, in dem Ateliers, Studios, Galerien, Proberäume und freie Spielorte, ebenso wie Ausbildungs-, Produktions- und Präsentationsräume für Film, Design, Mode, Architektur und Games Platz finden. Auch im ehemaligen Flughafen Tegel werden wir Raum für Kultur und Kreativwirtschaft schaffen.

Um die Vielfalt und Teilhabe von unterrepräsentierten Gruppen im RBB zu erhöhen, wollen wir den Rundfunk-Staatsvertrag zusammen mit Brandenburg weiterentwickeln. Hier wollen wir einen Reformprozess im öffentlich-rechtlichen Rundfunk anstoßen, der letztlich auch die Akzeptanz der Bevölkerung zur Zahlung der Rundfunkabgabe weiter hoch halten könnte.

**4) Welche Maßnahmen wollen Sie umsetzen, um Berlin als Standort für die Medien-, Kreativ- und Digitalbranche attraktiver zu machen? Wird sich Ihre Partei für Freiflächen und bezahlbare Räume für Kreative im innerstädtischen Raum einsetzen?**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erkennt die essentielle Bedeutung der Medien-, Kreativ- und Digitalbranche für Berlin nicht nur an – wir fördern Ansiedlung und nachhaltiges, resilientes Wachstum der Kultur- und Kreativbranche nach Kräften. Dazu gehören Investitionen in kulturelle Infrastruktur, in Kulturorte, in kreativwirtschaftlich genutzte Gewerbeflächen, in Produktions-, Repräsentations- und Handelsräume. Über Jahrzehnte wurde in Berlin Mangelwirtschaft im Kultur- und Kreativbereich betrieben, was sich aus heutiger Sicht als schwere Belastung erweist. Wir werden gegensteuern, Kulturorte und Produktionsinfrastruktur sichern, ankaufen und neu bauen, soweit uns das möglich ist. Metropolen wie London, New York oder Paris haben uns gelehrt, wie gefährlich es ist Innenstädte weitgehend renditeorientierten Projektentwickler\*innen zu überlassen. Eine Berliner Mischung wieder herzustellen, sehen wir als Möglichkeit die Lebensqualität zu steigern, die soziale Mischung zu sichern und damit überhaupt erst die grundsätzlichen Bedingungen für eine florierende, diverse und vielfältige Kultur- und Kreativwirtschaft zu schaffen.

**5) Mit welchen Maßnahmen wollen Sie internationale Fachkräfte für die Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft nach Berlin holen?**

Standortentscheidungen werden längst auch nach der Verfügbarkeit von Fachkräften getroffen. Und Fachkräfte kommen in Regionen und Städte, die aus beruflicher wie privater Perspektive gleichermaßen attraktiv sind. Bezahlbare Mieten, eine hohe Lebensqualität, gute Bildung und erleichterter Familiennachzug sind dafür die Voraussetzungen. Diese vermeintlichen Wohlfühlthemen sind mittlerweile harte Standortfaktoren für unsere Stadt zur Bindung von Fachkräften.

Berlin ist und bleibt eine internationale Stadt. Erst der internationale Zuzug von Talenten macht Berlin wirtschaftlich erfolgreich. Mit dem Business Immigration Center unterstützen wir Unternehmen aktiv, Arbeitskräfte zu gewinnen. Aber auch Nichtfachkräfte bereichern unsere Stadt – Menschen bringen mehr mit als ihre reine Arbeitskraft. Deshalb setzen wir uns auf Bundesebene für ein Einwanderungsgesetz ein, das neue Zugangswege für Bildungs- und Arbeitsmigration auch im gering- und unqualifizierten Bereich schafft. Zugleich gilt es die Anstrengungen zur Aus- und Weiterbildung zu verstärken und die Durchlässigkeit zwischen akademischer und beruflicher Bildung sowie die Gleichwertigkeit der Bildungswege zu fördern. Wir wollen in den Ausbau der Verbundausbildung investieren und die Kooperation zwischen Hochschulen und Weiterbildungszentren intensivieren.

Zentrale Voraussetzung für einen international attraktiven Standort für Studierende und Akademiker\*innen sind diskriminierungssensible Hochschulen. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass im Hochschulgesetz unabhängige Beauftragte für Diversität verankert werden. Die Hochschulen Berlins sollen sich dabei in der Besetzung der Stellen abstimmen, um in den Beauftragten möglichst vielfältige Diskriminierungsmerkmale persönlich vertreten und so Betroffene besser ansprechen zu können.

**6) Berliner Veranstalter\*innen werden für Genehmigungen ihrer Veranstaltungen seitens der jeweilig verantwortlichen Bezirksämter in Berlin unterschiedlich behandelt. Ist Ihre Partei bereit, vereinfachte aufeinander synchronisierte Antrags- und Genehmigungsverfahren für Veranstaltungen – insbesondere mit Blick auf den Immissionsschutz zur Nutzung von Sonderflächen wie Open Airs – in Berlin aufzustellen?**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN arbeitet bereits jetzt proaktiv an einer Überwindung der Kleinstaaterei innerhalb Berlins – soweit es die Ungleichbehandlung betrifft. Selbstverständlich ist es völlig anachronistisch und nicht nachvollziehbar, wenn etwa Filmproduzent\*innen für eine Szene Drehgenehmigungen in unterschiedlichen Bezirken einholen müssen oder wenn Konzertveranstalter\*innen in unterschiedlichen Bezirken unterschiedliche Regelungen vorfinden. Wir leben und arbeiten ja nicht mehr in zwölf verfeindeten Fürstentümern, sondern in einer modernen Medienmetropole. Synchronisierte Verwaltungsvorgänge, zentrale Anlaufstellen, vernetzte und voll digitalisierte Verwaltungsvorgänge entlasten die Verwaltung, reduzieren die Kosten und entbürokratisieren an der richtigen Stelle.

## **Branchenspezifisch:**

### **1) Welchen Stellenwert hat die Berliner Film- und TV-Branche für Ihre Partei? Wie will Ihre Partei die Film- und TV-Branche in der kommenden Legislatur fördern bzw. unterstützen?**

Die Berliner Film- und TV- Branche ist eine der wichtigsten Schlüsselbranchen der Stadt. Berlin ist ein vitaler Filmproduktionsort, Deutschlands wichtigster Kinostandort, Heimat wichtiger Filmfestivals und Lebens- und Arbeitsmittelpunkt zehntausender Filmschaffender. Darüber hinaus generieren Filme aus Berlin das Bild der Stadt, sind Botschafter\*innen nach außen und Identitätsstifter\*innen nach innen. Film und Filmtheater prägen seit über 100 Jahren Berlin und sind auch zukünftig wachstumsstarker Jobmotor und spektakuläre Markenbotschafter\*innen des Landes Berlin.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden die Rahmenbedingungen für Filmschaffende, Filmproduzent\*innen, Dienstleister\*innen, Festivals und Kinos weiter verbessern und die Förderstrukturen weiterentwickeln.

Filmschaffende brauchen soziale Sicherheit, weshalb wir sie besser in die Sozialversicherungssysteme einbinden wollen, faire Arbeitsbedingungen, welche wir ständig evaluieren und anpassen werden, sowie eine angemessene Beteiligung an den Erlösen.

Filmproduzent\*innen brauchen mehr Planungssicherheit und reibungslosere Verwaltungsstrukturen. Eine Harmonisierung der Drehbedingungen in ganz Berlin, zentralere Anlaufstellen und kürzere Entscheidungswege können hier helfen. Zunehmende Auflagen, etwa hinsichtlich Nachhaltigkeit, sozialer Arbeitsbedingungen und Hygiene bedingen zusätzlichen Verwaltungsaufwand, dem mit einer Vereinheitlichung und Zentralisierung entgegen gewirkt werden soll. Der Querschnittscharakter der Filmbranche, mit seiner hohen Relevanz in verschiedenen Bereichen, seien es Kultur, Wirtschaft, Umwelt, Verkehr oder der Senatskanzlei, wird zu einer neuen Wahrnehmung und Priorisierung führen müssen.

Dienstleister\*innen wurden bisher nicht angemessen behandelt, was insbesondere im Zuge der Pandemiemaßnahmen deutlich wurde, aber schon lange, etwa im Bereich der Filmförderung, ein Problem, ja einen Wettbewerbsnachteil darstellt. Uns ist es gelungen, etwa mit dem Förderprogramm für Digitale Filmproduktion (VFX-Fonds), sehr schnell und erfolgreich erste Korrekturen an der bisherigen Förderpraxis umzusetzen.

Kinos sind nicht nur Filmabspielhäuser sondern wichtige Kulturorte. Deren konsequente Weiterentwicklung zu begleiten und deren Existenz auch in Krisenzeiten zu sichern, ist uns wichtig.

Filmfestivals sind unersetzliche Meilensteine im Kalender der Stadt. Sie als Partner\*innen zu verstehen und nicht gegeneinander auszuspielen, sich stärker einzubringen, auch bei der Berlinale und sie stärker in die Stadt zu öffnen und global zu kommunizieren, ist wertvolle Unterstützung für den Filmstandort Berlin.

Die Förderstrukturen so zeitgemäß weiterzuentwickeln, dass Berlin auch in Zukunft Filmmetropole bleibt, ist komplex aber machbar. Wir stehen für eine Aktualisierung des Jurysystems, experimentellere Filmförderung samt anteiliger Verlosung und eine Neuorientierung des RBB, staatsfern über eine Präzisierung des Auftrages in zukünftigen Staatsverträgen genauso, wie für klare Kriterien und eine transparente, nachvollziehbare und konstruktive Begleitung der Förderentscheidungen.

Damit Berlin auch in Zukunft Filmmetropole bleibt.

## **2) Wie beurteilt Ihre Partei die Berliner Start-up-Szene und wie will sie diese fördern?**

Berlin hat sich zu einem der wichtigsten Start-Up Standorte entwickelt. Aus Berlin kommen erfolgreiche Geschäftsmodelle und Absolvent\*innen können in Berlin eine berufliche Existenz aufbauen. Sicher gibt es viele Aspekte die genauer Beobachtung und wenn nötig stärkerer Regulierung bedürfen, etwa was die Beschäftigungsverhältnisse, Praktikumsbedingungen, Parität und angemessenen Beteiligungen betrifft, aber grundsätzlich ist es ein begrüßenswertes Bekenntnis zum Standort Berlin, wenn innovative, nachhaltige und zukunftsweisende Unternehmungen Berlin als Gründungsort wählen. Diese bewährten Prozesse auf weitere Branchen zu übertragen, etwa noch stärker auf den Kreativwirtschaftssektor und die Kultur auszuweiten, birgt weitere Chancen für Berlin. Hier können wir uns eine bessere Infrastruktur, etwa landeseigene Arbeits- und Produktionsräume vorstellen oder auch ein „Berlin Jahr“, also ein vom Land Berlin im Anschluss an einen erfolgreichen Ausbildungsabschluss für ein Jahr zur Verfügung gestelltes Atelier oder Studio.

## **3) Welchen Stellenwert hat die Berliner Games- und Esports-Branche für Ihre Partei?**

Games und E-Sports sind nicht nur stark wachsende Wirtschaftsbereiche, sondern fester Bestandteil der kulturellen Entwicklung unserer Gesellschaft. Insofern ist die Frage nicht, ob sich unsere Partei mit diesen Bereichen beschäftigt, sondern welche Prioritäten wir dabei setzen, unter welchen Gesichtspunkten wir uns damit auseinandersetzen und welche Impulse wir in Berlin dabei setzen wollen. Berlin sollte sich stärker in der Ausbildung engagieren, seien es öffentliche Hochschulen oder duale Bildungsangebote. Firmengründungen zu unterstützen, welche sich langfristig zum Standort Berlin bekennen

und die nötige Infrastruktur, etwa den Ausbau im Bereich der Datenübertragung, zu schaffen, sind notwendige Investitionen die ganz Berlin zu Gute kommen. Von der Softwareentwicklung bis zum League-Betrieb globaler Marken hat sich eine diverse und breite Games Landschaft in Berlin angesiedelt. Diesen kreativen und sich selbst ständig weiter entwickelnden Teil der Kulturwirtschaft in Berlin zu fördern ohne die Bedürfnisse und Rechte der Beschäftigten, Soloselbstständigen und Dienstleister\*innen aus den Augen zu verlieren sehen wir als unsere, politische Aufgabe.

**4) Welche Vorschläge hat ihre Partei, um Berlin zu einem führenden Games- und Esports- Standort deutschlandweit/weltweit auszubauen?**

Das Land Berlin kann eine ganze Menge für den Games-Standort Berlin tun. Dabei gilt es die ganze Breite der Gamesindustrie und Gameskultur zu betrachten. Unser bündnisgrüner Ansatz beginnt hier im Ausbildungsbereich, wo mehr Kapazität geschaffen werden müssen, geht über gezielte Förderung bis hin zur Etablierung von Netzwerken und Marktplätzen – etwa entsprechender Messen. Die Förderung alternativer, unabhängiger und gemeinnütziger Projekte ist kulturell, die Unterstützung kommerzieller Projekte wirtschaftlich sinnvoll. Investitionen in die Infrastruktur, etwa bei der Datenüberübertragung kommen letztlich ganz Berlin zu Gute.

**5) Welchen Stellenwert hat die Berliner Musik- und Events-Branche für Ihre Partei? Wie will Ihre Partei die Musik- und Event-Branche in der kommenden Legislatur fördern bzw. unterstützen?**

Events prägen Berlin, Musik verschafft Berlin Identität. Ohne Messen, Kongresse, Festivals, Konzerte und Clubs würde Berlin kulturell veröden und einen großen Teil seiner Identität verlieren. Dieser kulturelle Gewinn ist noch höher einzuschätzen, als der Wirtschaftsfaktor „Event- und Musik“. Aber alleine schon die vielen, teils hoch qualifizierten Arbeitsplätze und der starke Effekt auf den Berliner Tourismus rechtfertigt ein starkes Engagement für die Branchen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN suchen daher aktiv den Kontakt zu den Akteur\*innen und Vertreter\*innen der Branchen und sehen die Unterstützung und Förderung der Berliner Musik- und Eventbranche als unverzichtbaren Teil ihrer Kultur-, Wirtschafts- und Stadtpolitik.

## **Solo-Selbständige, Kleinstunternehmen & Mittelstand:**

### **1) Die Corona-Pandemie hat deutlich gemacht, dass es in Deutschland zu wenig Unterstützung für Solo-Selbständige gibt. Welchen Stellenwert haben Solo-Selbständige der Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft für Ihre Partei?**

Soloselbstständige machen einen Großteil der Medien-, Kreativ- und Digitalbranche aus. Es liegt in der Natur der Kreativen, dass sie sich seltener in bestehende Strukturen einbinden – im Kern geht es Ihnen, um ständige Innovation, welche keines sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisses bedarf. Daraus haben sich drei Probleme entwickelt, die für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zentrale Aufgabe unserer Politik sind. Schutz, faire Honorierung und angemessene Beteiligung der Soloselbstständigen. Schutz bedeutet auch die Einbindung der Soloselbstständigen in die bestehenden oder zu reformierenden Sozialversicherungssysteme. Solange es noch keine vollwertige Bürger\*innenversicherung gibt, müssen wir nicht nur die Künstlersozialkasse (KSK) reformieren, sondern auch darauf achten, dass alle Soloselbstständigen Zugang zur KSK oder äquivalenten Sozialversicherungsstrukturen bekommen. Es darf keinen sozialen Nachteil darstellen soloselbstständig zu sein. Eine faire Honorierung der Arbeitsleistung Soloselbstständiger muss selbstverständlich werden. Da sie offensichtlich momentan nicht gegeben ist, sehen wir die Lösung weniger in Selbstverpflichtungserklärungen der Auftraggeber\*innen und Verwerter\*innen, sondern setzen uns für klare Regeln ein. Das beinhaltet auch eine angemessene Beteiligung der Soloselbstständigen an den Erlösen. Wenn die Diskrepanz so deutlich wird, wie etwa bei den großen, milliardenschweren Onlineplattformen und dem durchschnittlichen Einkommen der Kreativen, dann ist es Aufgabe der Politik für einen angemessenen Ausgleich zu sorgen.

### **2) Wie will Ihre Partei die Solo-Selbständigen in der kommenden Legislatur, konkret in den ersten 12 Monaten, unterstützen?**

Sozialversicherungssysteme zu öffnen, Mindesthonorierungen durchzusetzen und die angemessene Verteilung der Einnahmen (auch) globaler Plattformen zu regulieren, lässt sich nicht in zwölf Monaten, wahrscheinlich auch nicht in einer Legislatur umsetzen. Aber wenn wir nicht sofort damit anfangen, werden wir diese unverzichtbaren, Verbesserungen nie durchsetzen. Daher setzen wir ab sofort auf einen noch direkteren Dialog mit den Betroffenen, den Interessenvertreter\*innen und den beteiligten Branchen. Wir wollen gemeinsam die Bedürfnisse ermitteln und suchen den Ausgleich mit den vermeintlichen „Profiteuren“ der jetzigen Strukturen. Wenn nötig müssen wir dann politische Initiative in regulatorischen Handeln überführen und mit den entsprechenden Gesetzesinitiativen die Instrumente durchsetzen, die es braucht, um Soloselbstständige in die Lage zu versetzen

ihre Ansprüche und Rechte gegenüber ihren Auftraggeber\*innen durchzusetzen. Wenn nötig auch schon direkt nach der Wahl.

**3) Wird sich Ihre Partei für den Aufbau künftiger Ausfallssicherungssysteme für Solo-Selbständige und Kleinstunternehmen im Bereich Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft und insbesondere im Bereich der Musikwirtschaft engagieren?**

Ausfallsicherungssysteme sind Notmaßnahmen, die greifen sollen, wenn unvorhergesehene Situationen eintreten, etwa Pandemien. Es ist eine Sache, dass selbige in der aktuellen Situation vorhanden waren, eingeführt wurden und seitens des Staates und des Landes mit Mitteln ausgestattet wurden. Es ist nicht zufriedenstellend, dass sie „top down“, ohne ausreichende Evaluierung der tatsächlich herrschenden Bedingungen, Bedürfnisse und Möglichkeiten der Soloselbstständigen und Unternehmen, insbesondere im Bereich Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft, geplant und umgesetzt wurden. Zusätzlich kritisieren wir, dass die Information, Abwicklung, und Auszahlung so schlecht funktioniert hat, dass tausende von Strafverfahren aus formalen Gründen eingeleitet und dass letztlich zu wenig, zu spät und nicht bei allen Bedürftigen angekommen ist. Zum Skandal wird es, wenn die Falschen davon profitiert haben, etwa die Vermieter\*innen von Kulturorten. Dieses gründlich zu evaluieren und gemeinsam mit den Betroffenen zu reformieren, ist uns selbstverständlich eine Aufgabe, welche wir zusammen mit Soloselbstständigen, Unternehmen und Verbänden lösen wollen.

**4) Internationale Medien- und Digitalkonzerne wie Amazon, Google und Co. erwirtschaften erhebliche Gewinne in Deutschland/in Berlin, zahlen aber wenig Steuern. Das gefährdet u.a. den Berliner Mittelstand. Welchen Stellenwert hat der Berliner Mittelstand für Ihre Partei und wie wollen Sie sie in der kommenden Legislatur unterstützen?**

Der Berliner Mittelstand bekommt die Unterstützung, die nötig ist, um Berlin wettbewerbsfähig zu halten. Die großen, internationalen Plattformen, Verwerter\*innen und Konzerne, insbesondere die Medien- und Digitalkonzerne stellen da keine Ausnahme dar. Aus Sicht von BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN gelten alle Regeln für alle Akteur\*innen – und es gibt auch keine Ausnahmen für die ganz großen Konzerne. Im Gegenteil, es werden alle gleich behandelt. Und gerade bei den ganz großen Unternehmen muss alles vorschriftsmäßig umgesetzt sein. Umsätze, die hier generiert werden und Gewinne, die hier realisiert werden, müssen hier versteuert werden. Arbeitsverhältnisse die hier bestehen, müssen unseren Gesetzen entsprechen und Content, der hier generiert wird, muss auch nach unseren Regeln honoriert, Urheber\*innen nach unseren Regeln angemessen an den

Erlösen beteiligt werden. Wenn nötig müssen wir das auf nationaler, EU- oder globaler Ebene einfordern und umsetzen.

## **Themenspezifisch:**

- 1) Die Berliner Start-up-Szene ist international, bunt und meist englischsprachig. Die Berliner Verwaltung in den Bezirken spricht und versteht meist nur Deutsch. Internationale Mitarbeiter\*innen scheitern bspw. bei der Anmeldung ihrer Wohnung bzw. benötigen Unterstützung bei den zahlreichen Behördengängen. Welche Maßnahmen für eine Berliner Willkommenskultur der Verwaltung möchte Ihre Partei in der kommenden Legislatur umsetzen? Welche Maßnahmen wollen Sie umsetzen, um internationale Talente in Berlin willkommen zu heißen?**

BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN arbeitet für ein diverses, vielfältiges und freies Berlin. Die Verwaltung auf diesem Weg mitzunehmen und Strukturen und Maßnahmen zu schaffen, welche Kommunikation und Dialog mit allen Berliner\*innen ermöglicht, gehört dazu. Es werden in Berlin viele Sprachen gesprochen – also muss auch Berlin viele Sprachen sprechen und verstehen. Die duale Verwaltung Berlins für alle Unternehmen erreichbar zu machen, branchenspezifische „one-stop“ Anlaufstellen zu schaffen und wenn nötig unterschiedliche Regelungen zwischen den einzelnen Bezirken anzugleichen sind dabei sinnvolle Maßnahmen. Die Attraktivität Berlins geht einher mit attraktiven Lebensbedingungen für alle Berliner\*innen. Und Berlin lebenswerter zu machen ist Kern unserer Politik.

- 2) Welche Meinungen vertritt Ihre Partei zu Urheberrecht, Datenschutz und Online-Sicherheit?**

Urheberrecht, Datenschutz und Onlinesicherheit sind Themen die deutlich größer sind als Berlin. Daran zu arbeiten, für Berlin, für die Berliner\*innen größtmöglichen Schutz der Privatsphäre, Schutz vor Onlinekriminalität, ein hohes Datenschutzniveau und einen angemessenen Schutz der Urheber\*innen – wozu sicher eine angemessene Beteiligung am Erlös ihrer Werke gehört – zu erreichen, ist unumstritten. Dass sich einige der globalen Konzerne, welche über das Internet große Umsätze tätigen, in Berlin angesiedelt haben, rückt Berliner Politik beim Dialog und dem Aushandeln fairerer Bedingungen in den Vordergrund. Dass sich die meisten Konzerne diesem Kontakt verschließen, Firmensitze im Ausland haben, Verantwortungs- und Steuervermeidungsstrategien verfolgen und nicht kooperieren, erschwert diese Arbeit. Sukzessive muss Politik hier international besser vernetzt und handlungsfähiger werden.

**3) Welche Position vertritt Ihre Partei hinsichtlich der Zusammenarbeit zwischen Berlin und Brandenburg für eine starke Kreativ-Hauptstadtregion?**

Die Region Berlin/Brandenburg ist schon jetzt eine Kultur-, Kreativ- und Medienregion. Kaum eine kreativ tätige Person bemerkt den Übergang zwischen Berlin und Brandenburg oder legt Wert darauf. Die Arbeits- und Lebensbedingungen aneinander anzugleichen, Gesetze und Regulierungen zu harmonisieren und zukünftig vermehrt miteinander zu agieren und weniger als Standortkonkurrent\*innen aufzutreten, ist Aufgabe der Politik. BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN setzt sich für eine gemeinschaftliche Entwicklung der Region Berlin/Brandenburg ein – wirtschaftlich, kulturell und gesellschaftlich.

## Fragen der Berlin Music Commission eG:

- 1) Erkennt Ihre Partei die Musikwirtschaft und ihre gesamte Wertschöpfungskette als Standortfaktor für Berlin und MUSIK als Motor der zukunftsfähigen Entwicklung der deutschen Hauptstadt und nicht zuletzt der Kreativ- und Kulturwirtschaftsbranche in Berlin an? Wird Ihre Partei die Unterstützung der Musikwirtschaft in ihr Wahlprogramm bzw. in ihre politische Agenda aufnehmen und behandeln?**

Die Relevanz der Musikwirtschaft, als unverzichtbaren Bestandteil der Berliner Kreativwirtschaft und als essentiellen, identitätsstiftenden Bestandteil der Berliner Kultur – quasi der Seele Berlins – zu erkennen, reicht nicht aus. Wertschöpfungskette und Standortfaktor sind Umschreibungen der ökonomischen Relevanz, Musik ist aber mehr, Musik ist Identität. Erst die Berliner Musikwirtschaft macht Berlin zu Berlin. Um die Musikwirtschaft, also die Identität Berlins, langfristig, nachhaltig und resilient aufzustellen, tut Politik gut daran, deren Strukturen so weit zu unterstützen, dass sie sich aus sich selbst heraus entwickeln kann. Dazu gehören die kulturelle Infrastruktur, die Kulturorte, die Sichtbarkeit, die Sender, die Rahmenbedingungen, die Beziehungen zu externen Akteur\*innen, Plattformen, Verwerter\*innen – und alles was nötig ist, damit die Menschen, welche die Musikwirtschaft ausmachen, ihre Kreativität und Zeit nicht mit Bürokratie und Existenzsicherung verschwenden müssen – sondern Musik machen können. Da sind sehr viele Stellschrauben an denen Politik arbeiten muss. BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN ist sich der Relevanz der Musikwirtschaft für Berlin bewusst und bereit an dieser Stelle mehr Verantwortung zu übernehmen.

- 2) Nach unserer Schätzung müssten mindestens 3-5% der durch die Musikwirtschaft jährlich erzielten Steuereinnahmen im Landeshaushalt in den weiteren jährlichen Branchenaufbau reinvestiert werden. In welcher Art wird Ihre Partei Rahmenbedingungen und Mechanismen innerhalb des Senates und der Verwaltung schaffen, um eine nachhaltige Investition in die Musikwirtschaftsbranche zu garantieren?**

Eine pauschal schwer zu beantwortende Frage. Offensichtlich macht es Sinn, in Wirtschaftszweige zu reinvestieren, um eine langfristige, nachhaltige und resiliente (in diesem Fall) Musikwirtschaft zu erhalten. Inwieweit das mit einem notwendigen Wachstum, Sie nannten es in ihrer Frage „Branchenaufbau“, einhergehen kann, ist schwerer zu beurteilen. Schließlich lässt sich die Zahl der Clubs nicht beliebig skalieren. Sinnvolle, nachvollziehbare Rahmenbedingungen zu schaffen und effektive, faire Mechanismen zu nutzen, garantieren noch keine Investitionen seitens des Landes. Aber die Interessen des Landes, der Berliner\*innen und Besucher\*innen und der Musikwirtschaft auszutarieren, zwischen Lärmschutz und Teilhabe, Immobilienspekulation und kulturellen Freiräumen,

Kunstfreiheit und Copyright, partizipativ weiterzuentwickeln und umzusetzen, ist die Pflicht. Für die Weiterentwicklung dessen was Berlin ausmacht, ist es die Kür, gezielt neue Akzente zu setzen, seitens des Landes (auch finanziell) Engagement zu zeigen und Musikveranstaltungen, Musikfestivals, Musikmessen, Musikkongresse zu initiieren und zu unterstützen Für BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN nimmt Musik da einen ganz großen Raum ein.

**3) Ist Ihre Partei bereit, sich für die Bereitstellung der notwendigen Budgets und Investitionsinstrumente für die Musikwirtschaft zu engagieren und sie langfristig, ähnlich der Budgets der Medienwirtschaft, auszubauen?**

BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN werden selbstverständlich notwendige Haushaltstitel einstellen und notwendige Investitionsinstrumente einsetzen. Wenn es notwendig ist, werden dabei auch Aufstockungen von Haushaltstiteln erfolgen. Die Schwierigkeit liegt dabei doch in der Definition der „Notwendigkeit“. Letztlich liegt die Haushaltsgesetzgebung in der Souveränität des Abgeordnetenhauses. Es muss einer Verwaltung, welche die Haushaltstitel zunächst plant, also gelingen, die Mehrheit der Abgeordneten von eben dieser Notwendigkeit zu überzeugen. Das gilt für die Medienwirtschaft ganz genauso wie für die Musikwirtschaft. Die konstruktive und zukunftsweisende Arbeit der Berlin Music Commission eG. ist ein „notwendiger“ Schritt in diesem Aushandlungsprozess, gemeinsam die Notwendigkeit von „Budgets“ und Investitionsinstrumenten zu definieren.

**4) Erkennt Ihre Partei die Arbeit des Musikwirtschaftsnetzwerkes Berlin Music Commission in der Vergangenheit an und ist gewillt, dieses Netzwerk weiterhin finanziell zu unterstützen?**

Die Arbeit selbstorganisierter Netzwerke und Interessenvertretungen ist in unserer demokratisch organisierten Gesellschaft unverzichtbar – sie kann und sollte nicht durch politisches Handeln ersetzt werden. Die Zeiten der Planwirtschaft sind vorbei. Selbige Netzwerke zu unterstützen, ist daher seitens der Politik unerlässlich. Inwieweit die Unterstützung finanzieller Art sein sollte, gilt es gemeinsam zu diskutieren. Sicher hilft eine auskömmliche Finanzierung, gerade wenn sich Netzwerke neu bilden, aber sie stellen natürlich sofort die Unabhängigkeit der Netzwerke in Frage. Unser Ziel als BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN ist eine weitgehende Souveränität aller Partner\*innen. Dazu gehören sozial abgesicherte, fair bezahlte und angemessen beteiligte Urheber\*innen genauso, wie belastbare Netzwerke und souveräne Politik.

**5) Stimmen Sie einem Konjunkturprogramm für die Musikwirtschaft für die Zeit nach der Corona-Pandemie zu, um einen Neustart für den Standort Berlin zu ermöglichen?**

Ein Neustart, ein „Reset“ macht nur dann Sinn, wenn sich danach etwas verbessert. Wenn das „Betriebssystem“ von Fehlern bereinigt wurde und eine verbesserte „Software“ genutzt werden kann. Ja, regelmäßige Evaluationen und Verbesserungen machen nicht nur Sinn, sie sind unumgänglich – sie müssen aber auch entsprechend kenntnisreich und gut erkannt, entwickelt und umgesetzt werden. Einfach nur „ein“ Konjunkturprogramm zu platzieren, klingt nach Effekthascherei. Nachhaltige Weiterentwicklung, welche zu einer resilienteren Musikwirtschaft führt, kann Politik sich nicht alleine ausdenken. Zusammen mit den Akteur\*innen in der Musikwirtschaft wollen BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN die „Hardware“, sprich die kulturelle Infrastruktur und die „Software“, sprich die Rahmenbedingungen und Regulierungen, konsequent weiterentwickeln. In diesem Kontext ist es höchst wahrscheinlich sinnvoll, auch „Konjunkturprogramme“ und nun punktuelle Impulsmaßnahmen zu entwickeln und zu setzen, etwa wie die „Berlin Film Week“, ein von BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN vorgeschlagenes Programm, welches 200 Clubs und 200 Kinoleinwände im Sommer 2021 unterstützen sollte – und welches leider von der SPD geführten Senatskanzlei abgelehnt wurde. Wir setzen uns dafür ein, hier in einen direkteren Dialog zu kommen, gezieltere Maßnahmen zu entwickeln und gemeinsam mit Politik und Musikwirtschaft umzusetzen.

**6) Wird Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass Budgets für internationales Marketing für Berlin als weltweit relevanter Musikstandort zur Verfügung gestellt werden?**

Nur Budgets für internationales Marketing zur Verfügung zu stellen, erscheint zu wenig. Selbstverständlich muss Politik, wenn sie denn etwas unterstützen will, auch die nötigen Mittel dafür bereitstellen – aber wenn aus Sicht der Berlin Music Commission e.G. die bisherigen Maßnahmen und Werkzeuge des Standortmarketing nicht ausreichend sind, ist es sicher zielführender gemeinsam neue Maßnahmen und Werkzeuge zu entwickeln.